



Rede

1. MAI 2019

„EUROPA. JETZT ABER RICHTIG!“

Ralf Kutzner, Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied der IG Metall

Dortmund, 1. Mai 2019

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der 1. Mai ist unser Feiertag - egal ob NGG, GdP oder EVG. Ob IG BAU oder IG BCE, ob Ver.di oder IG Metall!

Schön, dass Ihr heute alle hier seid!

Der 1. Mai ist Ausdruck von Protest, Haltung und politischer Überzeugung.

Und es ist auch ein Feiertag, um stolz auf das Erreichte zu sein und die Herausforderungen, die vor uns liegen, fest in den Blick zu nehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen: 2019 ist ein besonderes Jahr:

Nicht nur, weil wir 30 Jahre Mauerfall, 100 Jahre Frauenwahlrecht feiern oder weil tatsächlich die Chance besteht, dass NICHT Bayern München Deutscher Meister wird.

Es ist ein besonderes Jahr, weil wir viele Themen anpacken müssen und auch können: Egal ob Europawahl, Renten, Mietenwahnsinn oder Digitalisierung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich bin überzeugt, dass ein Blick in die Vergangenheit wichtig ist, um den Blick für die Zukunft zu schärfen.

Vor 80 Jahren begann der Zweite Weltkrieg und mit ihm die größte Katastrophe der Menschheit.

Und lasst mich das ganz deutlich sagen: 50 Millionen Kriegstote und der Mord an Millionen unschuldigen Frauen, Kindern und Männern ist kein „Vogelschiss in der deutschen Geschichte“!

Aber: Diesen Verbrechen und dieser beispiellosen Menschenverachtung folgte Frieden – und das seit 70 Jahren.

Das gab es vorher noch nie!

Es folgte Europa.

Dieses Europa, liebe Kolleginnen und Kollegen, steht nun wieder zur Wahl.

In genau 25 Tagen, am 26. Mai, ist Europawahl.

Diese Wahl betrifft uns alle – die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Gesellschaft insgesamt.

Denn Europa steht nicht nur für Frieden. Europa ist die Antwort auf viele Herausforderungen der heutigen Zeit: Globalisierung, Klimawandel und Digitalisierung machen an keiner Staatsgrenze halt.

Ich weiß, dass in Europa nicht alles rund läuft.

Und dennoch: Wenn es die Europäische Union nicht gäbe, müsste man sie erfinden.

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter bekennen uns zu Europa. Wir sind Europäerinnen und Europäer!

Wirtschaftlich profitiert Deutschland enorm von der EU: Jährlich gehen knapp 60 Prozent unserer Exporte in EU-Länder; fast 30 Prozent der deutschen Arbeitsplätze hängen direkt oder indirekt vom Export ab!

Nur wenn sich die Staaten zusammenschließen, sind wir mit den Großmächten USA, China und Russland auf Augenhöhe.

Deswegen schützt Europa unsere Wirtschaft und unsere Arbeitsplätze!

Wir müssen Europa gestalten, um es zu retten und zu verbessern.

Das heißt: Wählen gehen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Kolleginnen, 2019 feiern wir 100 Jahre Frauenwahlrecht!

Das scheint uns vollkommen selbstverständlich:

Die Europäische Union hat viel dazu beigetragen, dass Frauen gleiche Rechte haben, ihre Gesundheit geschützt wird und sie über ihr Leben selbst bestimmen können.

Trotzdem sind wir in den EU-Ländern noch immer weit weg von echter Gleichberechtigung.

Schauen wir uns doch nur mal an, wie es bei uns in Deutschland aussieht: In Deutschland erhalten Frauen 21 Prozent weniger Gehalt für die gleiche Arbeit als Männer.

Diese Entgeltlücke ist seit Jahrzehnten konstant und eine der größten in Europa. Das ist ein Skandal!

Frauen arbeiten öfter in prekären Jobs oder in Berufen, die schlechter bezahlt werden. Sie kümmern sich um ihre Kinder und ihre Familien, pflegen bedürftige Angehörige. Das ist Arbeit – gänzlich unbezahlt –, obwohl sie für die ganze Gesellschaft so wichtig ist. Und lasst uns nicht vergessen: Geringere Einkommen bedeuten niedrigere Renten! Gemeinsam mit der EU müssen wir da dranbleiben!

Wir kämpfen für eine gerechte Gesellschaft!

Die Gesetze der EU waren und sind richtungsweisend für die Gleichberechtigung von Frauen – auch in Deutschland.

Aber das ist alles nicht selbstverständlich!

Denn die Rechtspopulisten stellen die Gleichberechtigung wieder in Frage.

Deshalb ist es jetzt wichtig, unsere europäischen Grundwerte zu verteidigen – für eine gute Zukunft für Frauen und Männer.

Deshalb ist Eure Stimme am 26. Mai auch eine Stimme für die Gleichstellung von Frauen!

Aber: Ich möchte hier auch ganz offen sagen, dass es in Europa großen Handlungsbedarf gibt. Zu lange standen nicht die Rechte der Beschäftigten im Vordergrund, sondern die der Konzerne!

Großkonzerne wie Apple oder Starbucks nutzen die Löcher in Europas Steuerpolitik schamlos aus. Sie tricksen ganz legal und machen hier bei uns Gewinne ohne Ende.

Steuern zahlen wollen sie aber nicht. Das ist ein Skandal!

Damit muss Schluss sein!

Die Sparpolitik der letzten Jahre, der Abbau sozialstaatlicher Leistungen und Lobbyismus haben den Zusammenhalt und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU erschüttert.

Das Ergebnis sehen wir nun in Großbritannien.

Der BREXIT zeigt, dass Europa keine Selbstverständlichkeit ist und immer wieder neugestaltet werden muss.

Wir Gewerkschaften, der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften, sind und waren immer für Europa als Friedens- und soziales Fortschrittsprojekt.

Das heißt aber nicht, dass wir mit allem in der EU zufrieden sind.

Wir haben auch den harten Sparkurs kritisiert, der in vielen Ländern enorme soziale Schäden verursacht hat.

Die Schulden der Banken auf die Schwächsten abzuwälzen und Jobs, Löhne und Renten zu kürzen: Damit muss Schluss sein!

Deswegen rufen wir alle Kolleginnen und Kollegen auf, zur Wahl zu gehen.

Unser Slogan lautet: Europa. Jetzt aber richtig!

Liebe Kolleginnen und Kollegen: Vor 35 Jahren haben wir die 35-Stunden-Woche erkämpft.

Sicher waren einige von Euch dabei und können sich wie ich an den Arbeitskampf erinnern.

Aber auch 2018 war ein gutes Jahr für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – denn wir haben in zahlreichen Branchen zukunftsweisende Tarifabschlüsse gemeinsam mit den Beschäftigten erkämpft.

Dabei denke ich natürlich an den „heißen Winter“ in der Metall- und Elektroindustrie: Millionen Metallerinnen und Metaller sind 24 Stunden in den Warnstreik getreten und haben richtig Druck gemacht.

Da sieht man, was passiert, wenn sich Beschäftigte organisieren und für ihre Forderungen kämpfen:

Ein wegweisender Tarifabschluss, der den Beschäftigten die Möglichkeit zu selbstbestimmten Arbeitszeiten gibt.

Vor allem, wenn sie Kinder betreuen, Angehörige pflegen oder in Schicht arbeiten. Mehr Lohn und Gehalt gab es außerdem. Und auch nicht zu knapp! Das haben wir gemeinsam geschafft – darauf können wir stolz sein!

Aber was ist eigentlich mit den Kolleginnen und Kollegen, die in einem nicht-tarifgebundenen Betrieb arbeiten? Die gehen oft leer aus.

Dabei ist es für die Durchsetzung von Guter Arbeit wichtig, dass möglichst viele Beschäftigte und Unternehmen an einen Tarifvertrag gebunden sind.

In den vergangenen Jahrzehnten ist die Tarifbindung deutlich gesunken.

Mittlerweile sind nur noch 48 % der Beschäftigten über einen Flächentarifvertrag tarifgebunden.

Und immer mehr Arbeitgeber versuchen der Tarifbindung zu entfliehen.

Das ist unerträglich.

Es ist höchste Zeit, dass dem ein Riegel vorgeschoben wird!

Tariffucht und Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden ohne Tarifbindung zerstören Existenzen, schaden der Wirtschaft und fördern die Altersarmut.

Deshalb müssen wir weiter dagegen ankämpfen!

Wir fordern, dass der Staat tarifgebundene Unternehmen und Gewerkschaftsmitglieder privilegiert und auch mehr tarifliche Begünstigungen für Gewerkschaftsmitglieder zulässt.

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge darf der Staat nur an diejenigen Unternehmen den Auftrag vergeben, die tariftreu sind.

Wer sich nicht an Tarifverträge hält, betreibt Lohndumping und muss zukünftig ohne staatliche Aufträge auskommen.

Deshalb brauchen wir auch auf Bundesebene ein Bundesvergabegesetz.

Natürlich hat fehlende Tarifbindung auch etwas mit uns als Gewerkschaften zu tun.

Starke Gewerkschaften in jedem Betrieb, durchsetzungsfähig und entschlossen – das ist deshalb der richtige Weg.

Und den werden wir gemeinsam gehen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Bezahlbar ist die halbe Miete!“ In den Ballungsgebieten, auch hier im Ruhrgebiet und in Dortmund, steigen die Mieten seit Jahren stark an.

Ein immer größerer Anteil des Einkommens geht für die Miete drauf.

Viele Menschen können sich deshalb keine Wohnung in der Nähe ihres Arbeitsortes leisten.

Sie müssen weite Distanzen pendeln und verbringen ihre Freizeit in überfüllten Zügen oder im Auto, statt bei ihren Familien oder am Arbeitsplatz.

Menschen werden aus ihrer Nachbarschaft verdrängt oder sehen sich gezwungen in unzumutbaren Wohnungen zu leben.

Immer mehr Menschen sind von Wohnungslosigkeit betroffen.

Die Krise auf dem Wohnungsmarkt trifft mittlerweile auch Normalverdiener.

Und statt mehr werden immer weniger Sozialwohnungen gebaut!

Ja, wo sind wir denn hingekommen?!

Genossenschaften, öffentliche und gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen müssen gestärkt werden.

Es darf keine weitere Privatisierung von Wohnungen und Boden geben.

Bezahlbare Wohnungen sind kein Privileg oder Glücksfall, sondern Menschenrecht!

Bis genügend bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist, müssen die Mieterinnen und Mieter vor Verdrängung und überhöhten Wohnkosten geschützt werden.

Dazu brauchen wir eine verschärfte Mietpreisbremse.

Lieber Dortmunderinnen und Dortmunder, zeigt der Politik, was Ihr von ihrem Nichtstun haltet!

Wir müssen laut sein, sonst hört man uns nicht! Macht mal Lärm!

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, demonstrieren wir heute in Dortmund auch für bezahlbaren Wohnraum!

Damit sich der Handwerker, der die Wohnungen baut, die Miete für die Wohnungen leisten kann!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben mit der Rentenkampagne gefordert, das Rentenniveau zu stabilisieren und die gesetzliche Rente zu stärken.

Damit haben wir bei der Großen Koalition in Berlin auch schon erste Erfolge erzielt.

Nun heißt es nicht nachlassen, sondern dranbleiben.

Wir werden die Abgeordneten und Parteien weiter unter Druck setzen.

Wir brauchen eine Politik der guten Renten bei realistischen Altersgrenzen.

Denn eine Rente mit 67, 70, 75 werden wir nicht akzeptieren!

Der DGB fordert eine starke gesetzliche Rentenversicherung.

Die Rente muss auch bei geringem Lohn, Teilzeit oder Arbeitslosigkeit zum Leben reichen.

Bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die nur geringe Rentenansprüche haben, müssen diese aufgewertet werden. Hubertus Heil hat hierfür die Grundrente vorgeschlagen.

Ich sage es jetzt in aller Deutlichkeit – wir unterstützen diesen Vorschlag!
Wir wollen, dass die Grundrente kommt! Denn die Rente ist kein Geschenk – die Menschen haben sie verdient, weil sie ein Leben lang dafür malocht haben!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
mit der Digitalisierung sind große Versprechen für die Arbeitswelt verbunden.
Selbstbestimmte Arbeitszeiten, weniger Belastungen und keine lästige Routine mehr.
Das sind die Versprechungen, die wir von den Arbeitgebern und der Politik hören.
Aber: Viele Arbeitgeber und Politiker versuchen, mit dem Vorwand der Digitalisierung Arbeitsplätze abzubauen und Arbeit billiger zu machen!
Wir erteilen dem eine klare Absage: Keine Flexibilisierung der Ruhezeiten und nicht noch längere Arbeitszeiten!
Die Digitalisierung führt – anders als versprochen – für viele bislang zu mehr Stress.
Mal eben noch die Mails checken – das heißt oft zusätzliche Arbeit am Abend oder am Wochenende.
Vereinbarkeit von Arbeit und Leben? Keine Spur.
Und das Familienleben leidet. Das muss – und darf – nicht so bleiben.

Die IG Metall und die DGB-Gewerkschaften kämpfen gemeinsam dafür, dass die Digitalisierung den Beschäftigten nicht schadet, sondern nützt!
Das ist unsere gemeinsame Aufgabe!
Die Transformation der Arbeits- und Lebenswelt führt zu Unsicherheit.
Viele fragen sich: Schaffe ich das? Kann ich mit Tempo und Technik mithalten?
Gibt es meinen Job in fünf Jahren überhaupt noch?
Und wir wollen, dass alle Beschäftigten Gute Arbeit zu fairen tariflichen Bedingungen behalten oder bekommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
um den Klimawandel zu begrenzen, ist eine schrittweise Abkehr von Kohle, Erdöl und Erdgas notwendig. Das bestreitet heute niemand mehr.

Das wird zu großen Veränderungen für unsere Industrie, das Handwerk, unsere Arbeit und unser Leben führen.

Wir treten dafür ein, dass diese Veränderungen sozial und gerecht gestaltet werden.

Das heißt:

- dass auch die Arbeit der Zukunft *Gute Arbeit* sein muss. Mitbestimmt und selbstverständlich tarifgebunden! Und das gilt für alle!
- dass wir den Strukturwandel nicht allein den Arbeitgebern überlassen werden – denn dann kommt nur Rationalisierung dabei heraus!

Wir werden gemeinsam mit den Beschäftigten mitmischen.

Wir fordern,

- dass sich Beschäftigte qualifizieren können, um den Wandel als Expertinnen und Experten in ihrem Betrieb zu gestalten.

Wir wollen sicherstellen,

- dass die Gewinne der Digitalisierung nicht nur den Arbeitgebern zugutekommen, sondern allen!
- dass Energie und Mobilität für alle bezahlbar sind. Damit aus Klimaschutz kein sozialer Abstieg wird!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir fordern mehr öffentliche Investitionen in die digitale und die Verkehrsinfrastruktur.

Die Bundesregierung muss für öffentlichen Nahverkehr, das Schienennetz und für schnelles Internet mehr Geld in die Hand nehmen.

Bis zum Jahr 2030 müssen auch im Verkehrssektor die CO₂-Emissionen sinken – um 37,5 % bei PKWs.

Wie das umgesetzt werden soll, ohne dass die Lasten alleine die Autofahrer und die Beschäftigten tragen – das ist die Aufgabe, die wir nun gemeinsam lösen müssen!

Auf die Kolleginnen und Kollegen, ob sie in der Automobilindustrie oder bei den Nahverkehrsunternehmen arbeiten, kommen große Herausforderungen zu.

Es ist ein Skandal, dass sich viele Arbeitgeber und auch die Politik vor dieser Herausforderung wegduckten und durch Tatenlosigkeit glänzen!

So lässt sich die Zukunft, so lässt sich Europa nicht gestalten!

Wir wollen zeigen, dass wir entschlossen sind und nicht stillhalten – und zwar am 29. Juni in Berlin.

Ich würde mich freuen, dort nicht nur mit Zehntausenden Metallern und Metallern, sondern auch mit Kolleginnen und Kollegen anderer Gewerkschaften zu stehen.

Dortmunderinnen und Dortmunder – kommt nach Berlin und demonstriert mit uns für die Zukunft unserer Arbeitsplätze, in Deutschland – in NRW – in Dortmund!

Wie angekündigt, ein letzter Blick zurück in die Geschichte:

Vor 100 Jahren nahm die Weimarer Republik Gestalt an.

Doch sie stand unter keinem guten Stern.

Und was ihr folgte, war das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte – nein, der Weltgeschichte!

Die erste deutsche Republik wurde zerrieben von Demokratiefeindlichkeit, Nationalismus, Gewalt und Faschismus.

Das ist die Mahnung an uns: Wehret den Anfängen!

Nie wieder Krieg, nie mehr Faschismus! Das ist heute wichtiger denn je.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Republik ist seit Chemnitz eine andere geworden.

Es reicht nicht, mit dem Finger auf Sachsen zu zeigen: Wir müssen unsere Werte und unsere Demokratie auch hier in NRW, auch hier in Dortmund, verteidigen.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Das steht so im Grundgesetz. Und das gilt für alle – egal, woher jemand kommt!

Denn unsere Gesellschaft spaltet sich nicht zwischen „wir und die“, zwischen Inländer und Ausländer, sondern zwischen „Arm und Reich“!

Das ist die Konfliktlinie! Hier müssen wir Haltung zeigen und anpacken!

Wir Gewerkschaften stehen für Weltoffenheit und Vielfalt.

Wir beziehen unsere Stärke daraus, dass sich alle bei uns zusammenschließen können und niemand gegeneinander ausgespielt wird.

Wir treten Rassismus und Rechtspopulismus mit Weltoffenheit und Solidarität entgegen – in den Betrieben und in der Gesellschaft.

Und das zeigen wir auch heute wieder: Jede Maikundgebung ist für uns auch ein klares Bekenntnis für Solidarität und gegen rechts!

Wir lassen uns nicht spalten! Wir kämpfen für eine gerechte Welt, ein besseres Europa, für ein solidarisches Deutschland und für ein gutes Leben – auch in Dortmund!

Ich danke Euch. Glück auf!